

Vom 20. bis 25. April findet in Genf die Nachfolgeveranstaltung zur UN-Antirassismuskonferenz von Durban (2001) statt (siehe dazu Seite 16). KONKRET sprach mit der in Mainz lebenden deutsch-persischen Publizistin Nasrin Amirsedghi, die für einen Boykott der Konferenz wirbt.

konkret: Wie kam es zu der Idee, eine Boykottbewegung gegen die »Anti-Rassismuskonferenz« in Genf zu initiieren?

Amirsedghi: Im Zuge der Bestrebungen der UN-Menschenrechtskommission, den UN-Menschenrechtsrat zu reformieren, fand im Jahr 2001 im südafrikanischen Durban eine Weltkonferenz gegen Rassismus statt. Dabei entstand ein fataler Tribunaleffekt, der sich gegen Demokratie, gegen die uneingeschränkte persönliche Freiheit, Meinungsfreiheit, Freiheit der Presse und allgemein gegen die Menschenrechte im Sinne der Urheber der UN-Charta 1948 richtete. Alle bisherigen Menschenrechtskonventionen wurden auf den Kopf gestellt. Und nun versammeln sich die Diktatoren, Rassisten, Fundamentalisten und Fanatiker der Welt in Genf und geben Erklärungen für das Heil der Welt ab. Dagegen erheben viele Intel-

lektuelle und Verfechter der Demokratie und Freiheit ihre Stimme. Im Juni 2008 rief der französische Essayist Pascal Bruckner zum Boykott der in diesem Jahr stattfindenden Durban-Nachfolgekonferenz auf. Meine Mitstreiter und ich fanden, daß Bruckners Plädoyer kein bloßer Aufruf bleiben dürfe, der vielleicht einige Tage in den Feuilletons diskutiert wird (wenn überhaupt) und danach in Vergessenheit gerät. Daher beschlossen wir, seinen Text zur Grundlage eines weltweiten Appells zu machen: für Demokratisierung, Säkularisierung und die universalistische Verteidigung der Menschenrechte gegen einen vermeintlichen Kulturpluralismus, der auf die Verteidigung der islamischen Sharia gegen die Freiheit des Individuums hinausläuft.

konkret: Welche Erfolge wurden bislang erzielt?

Amirsedghi: Seit Beginn der Aktion im August 2008 haben sich mehr als 1.300 Unterzeichner, darunter Publizisten, Wissenschaftler, Künstler aus Europa, den USA und dem Nahen Osten unserer Aktion angeschlossen und fordern die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu auf, die »Durban 2«-Konferenz im April zu boykottieren. Unsere Aktion hat dazu geführt, daß sich uns viele Gruppen in Schweden, Dänemark, Holland und Italien angeschlossen und gleiche Initiativen zum Boykott ins Leben gerufen haben, was eine heftige politische Debatte in den genannten Ländern ausgelöst hat – die in Deutschland leider nicht spürbar ist. Doch nach Kanada, Israel und den USA hat sich mit Italien nun endlich auch ein europäisches Land dem Boykott angeschlossen.

konkret: Glauben Sie, daß an Staaten wie Deutschland oder andere EU-Länder gerichtete Aufrufe, etwas zu tun oder zu lassen, prinzipiell etwas bewirken können?

Amirsedghi: Ich glaube es nicht, aber ich wünsche es mir! Denn es geht um die Freiheit. Es geht um in Jahrhunderten erkämpfte Errungenschaften, um unsere Zukunft und die Zukunft der menschlichen Koexistenz – darum, in einer Welt ohne Terror und Diktatur leben zu können. Gerade Deutschland mit seiner Vergangenheit sollte sich der Folgen seiner Entscheidung: ja oder nein zu »Durban 2« zu sagen, bewußt werden.

konkret: Der Iran beteiligt sich nun im Ausland aktiv an einer Debatte über Rassismus und Menschenrechte. Werden diese Begriffe im Iran selbst auch benutzt, und wenn ja, in welchem Sinn?

Amirsedghi: Der Iran ist ein Volksgefängnis mit barbarisch ritualisierten göttlichen Strafen, die jeden treffen können: Kinder, Frauen, Männer, Intellektuelle, schwule Paare, Minderheiten und Andersgläubige. Die Gläubigen und Nichtgläubigen dürfen Allahs Humanität nur genießen, solange sie der Sharia gehorchen. Doch aus der Sicht des Regimes im Iran sind nur die »Westler« und die »Amerikaner« die Rassisten, die die Menschenrechte verachten. Der einzige wahre humane Staat ist ihnen zufolge nämlich der Mullahstaat, der die menschliche

Freiheit und Gleichberechtigung allein in der Schia des Islam gewährleistet glaubt. Nur die Sharia, das islamische Recht mit Zwangsverschleierung, Hinrichtung, Hand-, Fuß-, Bein- und Augenamputation, Steinigung, Kerker, Peitschenhieben, Ehrenmorden, Polygamie, Frauenzüchtigung, Heirat im Kindesalter, mittelalterlichem Familien- und Erbrecht, Geschlechter-Apartheid und vielem Grauenhaften mehr kann ihrer Meinung nach die »vollkommene Ordnung göttlicher Autorität« garantieren – sowie Menschenrechte und Demokratie.

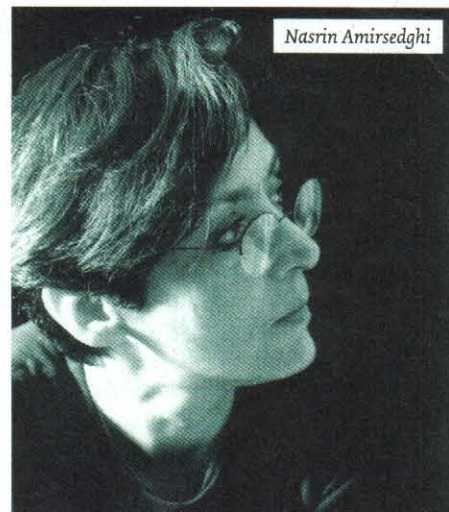
konkret: Menschenrechtsverletzungen werden von Staaten begangen. In der Uno sitzen Vertreter von Staaten. Ist eine Reform dieser Organisation überhaupt vorstellbar, die ausschließt, daß der Bock zum Gärtner gemacht wird?

Amirsedghi: Heute ist das kaum mehr denkbar. Auch im Juni 2006 glaubte man, mit der Ablösung der Vorgängerin, der UN-Menschenrechtskommission, etwas zum Guten geändert zu haben. Aus Reformeuphorie hat man einen UN-Menschenrechtsrat konstruiert, der leider nicht mehr zu retten ist. Von den 47 Mitgliedern kommen dreizehn aus Afrika, dreizehn aus Asien, sechs aus Osteuropa, acht aus Lateinamerika/der Karibik und sieben aus Westeuropa. Das bedeutet, daß undemokratische und totalitäre Länder den Rat dominieren. Wie können sie eine vernünftige Diskussion über die universellen Menschenrechte führen? Allein schon diese Konstellation ist unvernünftig. Insofern ist leider der Bock zum Gärtner gemacht geworden. Deshalb mein Vorschlag: Abschaffung des Rates und Bildung eines »Alternativ-Menschenrechtsausschusses« mit strengem Aufnahmeverfahren.

konkret: Einige islamische Staaten halten Religionskritik für einen Mißbrauch der Meinungsfreiheit. Fürchten Sie nicht, daß Sie selbst wegen der Diffamierung und Diskriminierung von Angehörigen anderer Religionen an den Pranger gestellt werden könnten?

Amirsedghi: Sie fürchten sich nur vor »Allah« und seinem Propheten Mohammed. Alles andere ist ihnen nicht wichtig. Ihnen gilt: Die Freiheit Allahs geht der Freiheit der Menschen vor. Da hört der Spaß auf und fängt der islamische Glaube erst an.

– Interview: Stefan Frank –



Nasrin Amirsedghi